



114/2003

Kiel, 22. September 2003

Vorschau auf die Landtagssitzung: Aktuelle Stunde zur Situation bei „Motorola“

Kiel (SHL) – Am Mittwoch um 10:00 Uhr beginnt die auf drei Tage angelegte 36. Tagung des Landtages mit einer Aktuellen Stunde zum Thema „**Motorola**“. Die Debatte darüber findet auf Antrag von SPD und GRÜNEN statt. Gegenstand sind der angekündigte Abbau von 600 Arbeitsplätzen bei Motorola in Flensburg und seine Folgen.

Anschließend geht es um die **Gebietsanmeldungen nach FFH- und Vogelschutzrichtlinie der EU**. Die CDU-Fraktion hat dazu einen Antrag vorgelegt (Drs. 15/2911), in dem sie die Landesregierung unter anderem auffordert, „die durch FFH-Gebietsausweisungen betroffenen Bürger mit dem Ziel des Interessenausgleichs anzuhören“. Außerdem will die CDU erreichen, dass alle Gebiete, die noch gemeldet werden sollen, der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

Nächstes Thema ist die **Veräußerung der Anteile des Landes an der LEG Immobiliengesellschaft mbH (LEG)**. Die Landesregierung beantragt beim Parlament die Zustimmung dazu, den Landesanteil von 50,07% an die HSH Nordbank AG zu verkaufen. Der Preis dafür: 105 Mio. Euro.

Am Nachmittag geht es weiter mit Hochschulpolitik: Die **Zielvereinbarungen mit den Hochschulen und die Eckwerte zur Modernisierung der Hochschulen** sind die Themen, zu denen SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN Anträge vorgelegt haben (Drs. 15/2907, 2853). Die Landesregierung wird über die Eckwerte der Zielvereinbarungen mit den Hochschulen berichten. Sie sollen eine Laufzeit bis zum Jahr 2008 haben, wobei sie nach der Hälfte der

Laufzeit einvernehmlich revidiert werden können. Vor ihrer endgültigen Unterzeichnung sollen die Vereinbarungen dem Bildungsausschuss des Landtages vorgelegt werden.

Die **Haltung von Wildtieren in Zirkusbetrieben** wird anschließend debattiert. Dazu hat die FDP-Fraktion einen Antrag vorgelegt, wonach die Landesregierung im Bundesrat ein Haltungsverbot von Wildtieren in Zirkusbetrieben erreichen soll (Drs. 15/2888). Das Land Hessen hat bereits eine solche Initiative in den Bundesrat eingebracht.

Danach geht es in Erster Lesung um die Zustimmung des Landtages zu drei Staatsverträgen mit der Hansestadt Hamburg (Drs. 15/2866, 2872 und 2876). Im August haben die Regierungschefs von Schleswig-Holstein und Hamburg, Heide Simonis (SPD) und Ole von Beust (CDU) drei Staatsverträge mit dem Ziel der Behörden-Kooperation zwischen den beiden Bundesländern unterzeichnet. Diese Verträge müssen vom Landtag beziehungsweise der Bürgerschaft ratifiziert werden, bevor sie zum 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten können.

Folgendes ist geplant: Die beiden Statistischen Landesämter sollen fusionieren. Das neue „**Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein**“ mit insgesamt 481 Mitarbeitern wird seinen Sitz in Hamburg und in Kiel haben.

Auch die Datenzentrale Schleswig-Holstein sowie das Landesamt für Informationstechnik Hamburg und ein Teil des Senatsamtes für Bezirksangelegenheiten der Hansestadt schließen sich zusammen. Die neue Behörde „**Dataport**“ mit Standort in Altenholz bei Kiel und Hamburg und mit insgesamt 1196 Mitarbeitern soll sich auch um kommunale IT-Aufgaben kümmern.

Die beiden Eichverwaltungen gehen ebenfalls gemeinsame Wege. Die „**Eichdirektion Nord**“ mit 94 Mitarbeitern wird ihren Sitz in Kiel haben.

Ebenfalls in Erster Lesung wird anschließend über das **Ausführungsgesetz zum Tierkörperbeseitigungsgesetz** (Drs. 15/2898) beraten. Demnach müssen die Landwirte ab 1. Januar 2004 mindestens 25 Prozent der Kosten für die Entsorgung so genannter „Falltiere“ (verendeten Tiere) selbst tragen. Anstelle der bisher durch die Kreise gedeckten Abholung und Entsorgung der Kadaver soll eine Einzelfallabrechnung zwischen Tierbesitzer und Tierkörperbeseitigungsanstalt treten. Für die so entstehenden Mehrkosten können die Landwirte Entschädigungen aus dem Tierseuchenfonds beantragen.

Letzter Punkt am Mittwoch ist dann ein Berichtsantrag der CDU-Fraktion zum Thema **Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte im Schuljahr 2002/2003** (Drs. 15/2834,neu). Darin wird die Regierung aufgefordert, zur

nächsten Landtagssitzung detailliert über alle Fort- und Weiterbildungsangebote zu informieren. Die Regierungsfractionen haben hierzu einen Alternativantrag vorgelegt (Drs. 15/2921), in dem sie ebenfalls einen schriftlichen Bericht der Regierung anfordern.

Am **Donnerstag, 25. September 2003**, geht es zunächst um Arbeitslosen- und Sozialhilfe: Der SSW im Landtag hat einen Antrag vorgelegt, in dem er sich für die **Erhöhung der Vermögensfreibeträge bei der Berechnung des künftigen Arbeitslosengeldes II** einsetzt (Drs. 15/2838). Hintergrund dieser Initiative in Richtung Bundesregierung: Während Arbeitslose und ihre Partner bis zur Jahreswende noch Ersparnisse von jeweils 520 Euro pro Lebensjahr behalten durften, sind seit Januar 2003 nur noch 200 Euro erlaubt. Befürchtet wird nun, dass bis zu 100.000 Arbeitslose ihre private Alterssicherung opfern müssen, bevor sie mit Geld vom Arbeitsamt rechnen können.

Um die Sozialhilfeausgaben insgesamt geht es in einem CDU-Antrag, der in diesem Zusammenhang mit beraten wird: Unter der Überschrift **Chance auf Arbeit steigern, Sozialhilfeausgaben senken** (Drs. 15/2892) fordert die CDU die Landesregierung auf, sich bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für eine Reihe von Eckpunkten einzusetzen. Unter anderem sollen die Trägerschaft sowie die Vermittlungs- und Leistungsaufgaben bei den kommunalen Gebietskörperschaften angesiedelt werden. Gleichzeitig sollen den Kommunen vom Bund alle entstehenden Kosten erstattet werden.

Nächstes Thema ist der Öffentliche Dienst: Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf **zur Gewährung jährlicher Sonderzahlungen** vorgelegt (Drs. 15/2901). Nach der von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Öffnungsklausel bei der Beamtenbesoldung bringt die Landesregierung eine Reduzierung des Urlaubs- und des Weihnachtsgeldes auf den Weg. Geplant ist, das **Urlaubsgeld** für die Besoldungsgruppen oberhalb von A10 zu streichen. Die Gruppen bis einschließlich A8 erhalten nach wie vor 322,34 Euro, bei den Gruppen A9 und A10 bleibt es bei 255,69 Euro. Das **Weihnachtsgeld**, das im vergangenen Jahr für alle Beamten 86,31 Prozent der Dezember-Bezüge betragen hat, soll ebenfalls herabgesetzt werden. Die Gruppen A2 bis A6 erhalten in diesem Jahr 70 Prozent des Dezembergehalts, bei den Gruppen A7 bis A9 sind es 67 Prozent, bei A10 bis A13 sowie C1 und W1 sollen es 64 Prozent sein. Alle übrigen sinken auf 60 Prozent.

In einem auf Antrag der Regierungsfractionen vorgelegten **Bericht zur Zukunft des Öffentlichen Dienstes** (Drs. 15/2830) hat die Landesregierung

außerdem zum Abschlussbericht einer nordrhein-westfälischen Regierungskommission zur Reform der Verwaltung vom Januar dieses Jahres Stellung genommen. Das vom ehemaligen schleswig-holsteinischen Innenminister Hans Peter Bull geleitete Gremium empfiehlt unter anderem eine Flexibilisierung des Dienstrechts, eine Reduzierung der Beamten-Stellen zugunsten von Angestellten-Stellen, eine bessere Fortbildung der Mitarbeiter und eine Beschränkung der Verwaltung auf ihre Kernaufgaben.

Nächstes Thema ist die **Aufnahme biometrischer Daten in Ausweispapire** (FDP-Antrag, Drs. 15/2887 neu). Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hat die Speicherung biometrischer Daten in Ausweispapieren vorgeschlagen. Das heißt: Auch Fingerabdruck, Informationen über die Augeniris oder Gesichtsmarkmale sollen vom Identitäts-Dokument ablesbar sein. Dies, so die Argumentation, erleichtere Ermittlungen gegen Terroristen. Dagegen wendet sich die FDP und fordert die Landesregierung auf, entsprechenden Gesetzesvorlagen im Bundesrat eine Absage zu erteilen.

Um die **Ministerbezüge** geht es danach ebenfalls auf Antrag der FDP-Fraktion (Drs. 15/2889). Hintergrund: Das Oberverwaltungsgericht Schleswig hatte Ex-Umweltminister Berndt Heydemann (parteilos), der vor seiner Zeit im Kabinett (1988-1993) Universitätsprofessor gewesen war, das Recht auf deutlich verbesserte Versorgungsbezüge zugebilligt. Heydemann konnte unter Berufung auf das Beamtenversorgungsgesetz durchsetzen, dass die Jahre seiner Beamten-tätigkeit als Professor als Grundlage für Pensionszahlungen herangezogen wurden. Resultat: Das Land muss ihm rund 100.000 Euro nachzahlen. Auch andere ehemalige Minister haben Anspruch auf Nachzahlung. Die FDP moniert, dass die Landesregierung das Parlament nicht frühzeitig informiert habe und somit eine rechtzeitige Änderung des Landesminister-gesetzes verhindert habe.

Am Nachmittag geht es dann um die **Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen**. Zur Umsetzung dieser Charta hat die Landesregierung einen Bericht vorgelegt (Drs. 15/2880). In Schleswig-Holstein werden die Minderheitensprachen Dänisch, Nordfriesisch, Niederdeutsch sowie Romanes durch die Charta geschützt. Ziel ist es, diese Regional- und Minderheitensprachen als Teil des europäischen Kulturerbes zu bewahren.

Nächstes Thema sind die **Arbeitszeiten an Krankenhäusern**, mit denen sich jüngst der Europäische Gerichtshof (EuGH) gefasst hat. Die CDU-Fraktion fordert in einem Antrag dazu die Landesregierung auf, über die Folgen und die Umsetzung dieses Urteils einen Bericht vorzulegen (Drs. 15/2894, 2895).

Die Modernisierung der **Gewerbsteuer** ist Gegenstand der dann folgenden Debatte. Hierzu hat die FDP-Fraktion beantragt, dass die Landesregierung den von ihr Anfang September angekündigten Gesetzentwurf für den Bundesrat vorlegen und erläutern soll (Drs. 15/2906).

Ein weiterer Regierungsbericht wird danach beraten: Thema ist der aktuelle Sachstand hinsichtlich des geplanten **Antidiskriminierungsgesetzes** auf Bundesebene (Drs. 15/2750). Dabei geht es unter anderem um die Umsetzung mehrerer EU-Richtlinien in deutsches Recht. Außerdem sollen gesellschaftliche Minderheiten wie behinderte Menschen, Migranten oder Homosexuelle die Möglichkeit erhalten, zivilrechtlich gegen Diskriminierungen, zum Beispiel im Mietwesen oder am Arbeitsplatz, vorzugehen und gegebenenfalls Schadensersatz einzuklagen.

Letztes Thema am Donnerstag ist die **Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen**. Zu dem ursprünglichen Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/2411) hat der Sozialausschuss nunmehr eine einstimmige Beschlussempfehlung vorgelegt (Drs. 15/2639,neu). Demnach ist bis 2010 mit steigenden Belegungszahlen bei den teil- und vollstationären Behinderteneinrichtungen zu rechnen. Folge: Die Kosten für so genannte „Eingliederungshilfen“ für behinderte Menschen sind in den vergangenen Jahren entsprechend gestiegen. Mussten das Land und die Kommunen 1998 für Wohnheime, Werkstätten, Kindergärten oder ambulante Angebote insgesamt 575 Millionen DM zahlen, so waren es 2001 bereits 711 Millionen DM. Ein Grund hierfür: Angesichts des medizinischen Fortschritts haben behinderte Menschen eine höhere Lebenserwartung und benötigen mehr Betreuungsangebote, insbesondere im stationären Bereich.

Am **Freitag, 26. September**, geht es auf Antrag der Regierungsfractionen zunächst um die **aktuelle Ausbildungssituation** (Drs. 15/2908). Dabei soll die Landesregierung mündlich über die Lehrstellensituation berichten.

Die **Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein (TSH) 2002** ist das nächste Thema. Hierzu liegt ein Regierungsbericht vor (Drs. 15/2812). Im Jahr 2002 hat die TSH rund 2,64 Millionen Euro an Fördermitteln ausbezahlt. Dieser Summe standen Einnahmen von rund 3,32 Millionen Euro, überwiegend Überschüsse aus dem Vorjahr sowie Zinserträge des Stiftungskapitals, gegenüber. Im selben Jahr wurden weitere Fördermittel in Höhe von knapp 1,85 Millionen Euro für insgesamt 37 neue Projekte bewilligt.

Der **Start der LKW-Maut** ist Gegenstand eines CDU-Antrages (Drs. 15/2854), der anschließend beraten wird. Demnach soll die Landesregierung

beim Bund darauf hin wirken, dass es eine tragfähige Kompensationsregelung für die deutschen Spediteure gibt.

Danach geht es um den Bericht der Landesregierung über den **Bundesverkehrswegeplan** (Drs. 15/2821). Der Bundesverkehrswegeplan 2003 nennt Prioritäten für die Weiterentwicklung der deutschen Verkehrsinfrastruktur für die kommenden Jahrzehnte und nimmt dabei Einstufungen nach den Kategorien „vordringlicher Bedarf“ und „weiterer Bedarf“ vor. Nach Protesten von Landespolitikern wird der Bau der Autobahn 20 in Schleswig-Holstein nun durchgehend als vordringlich klassifiziert. Die Strecke zwischen Bad Segeberg und der Autobahn 7 auf Höhe von Bad Bramstedt war zuvor lediglich als „weiterer Bedarf“ aufgeführt worden.

Ein weiterer Regierungsbericht befasst sich mit der **Förderung von Existenzgründungen** (Drs. 15/2716). Laut Wirtschaftsministerium sind im Jahre 2002 insgesamt 27.771 Gewerbe in Schleswig-Holstein angemeldet worden, was in etwa dem Niveau der Vorjahre entspricht.

Nächstes Thema ist der **Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten für 2002** (Drs. 15/2666). Darin berichtet die Bürgerbeauftragte über Einzelheiten ihrer Tätigkeiten und gibt dem Landtag Empfehlungen zur Änderung gesetzlicher Regelungen. Die Stelle des Bürgerbeauftragten gibt es in Schleswig-Holstein seit 1988. Im Mai 2001 wurde Birgit Wille-Handels für sechs Jahre in dieses Amt gewählt. Das Büro verfügt über $8\frac{3}{4}$ Stellen und hat im Jahr 2002 über 2.500 Eingaben bearbeitet – ein neuer Höchststand. In über 80% der Fälle konnte im Sinne der Petentinnen und Petenten geholfen werden.

Am Nachmittag geht es dann um die **Mittelstandsoffensive**. Hierzu hat die Landesregierung einen Bericht vorgelegt (Drs. 15/2896). Demnach gibt es unter den fast 80.000 Unternehmen in Schleswig-Holstein gerade einmal 500, die nicht zum Mittelstand gehören, weil sie mehr als 250 Beschäftigte haben. Die **Zukunft der Energiewirtschaft** ist das Thema eines Antrages von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Drs. 15/2912). Darin wird die Landesregierung unter anderem aufgefordert, „alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten zu nutzen, damit die Energiewirtschaft die Einsparung des Energie- und Stromverbrauchs vorantreibt.“

Der **Bericht über den Stand und die Entwicklung des Programms „Zukunft auf dem Land (ZAL)“** wurde von der Regierung auf Antrag der CDU vorgelegt. Darin berichtet die Regierung über die Förderschwerpunkte des über 500 Mio. Euro umfassenden Förderprogrammes, das im September

2000 von der EU-Kommission genehmigt wurde. Es läuft bis zum Jahr 2006 und dient der ländlichen Entwicklung in Schleswig-Holstein.

Letztes Thema der Tagung ist eine Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses zu **Unterrichtsversorgung und Lehrerbedarf** (Drs. 15/2909). Dem mit der Mehrheit der Regierungsfraktionen gefassten Beschluss zufolge soll der Landesrechnungshof bis Ende März 2004 einen Sonderbericht vorlegen. Gegenstand: die mittelfristige Entwicklung in den Bereichen Unterrichtsversorgung und Lehrerbedarf bis zum Jahre 2010.

Reihenfolge der Beratung der 36. Tagung

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtlicher Beginn der Beratung
Mittwoch, 24. September 2003			
1	Aktuelle Stunde	90	10:00
29	Gebietsanmeldungen nach FFH- und Vogelschutzrichtlinie	60	11:30
13	Veräußerung der Anteile an der LEG	60	12:30
27 u.49	Zielvereinbarung mit den Hochschulen und Eckwerte zur Modernisierung der Hochschulen	60	15:00
18	Haltung von Wildtieren in Zirkusbetrieben	30	16:00
5, 6 u.7	Staatsverträge Statistisches Amt, Eichdirektion Nord und „Dataport“	30	16:30
9	Ausführungsgesetz zum Tierkörperbeseitigungsgesetz	30	17:00
11	Fortbildungsveranstaltung für Lehrkräfte	30	17:30
Donnerstag, 25. September 2003			
12 u.20	Vermögensfreibeträge des künftigen Arbeitslosengeldes II und Sozialhilfeausgaben senken	60	10:00
10 u.38	Gesetz zur Gewährung jährlicher Sonderzahlungen und Zukunft der öffentlichen Dienstes	60	11:00
17	Aufnahme biometrischer Daten in Ausweispapiere	30	12:00
19	Ministerbezüge	30	12:30
42	Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen	60	15:00
22 u.23	EuGH-Urteil zu Arbeitszeiten und Bereitschaftsdiensten in Krankenhäusern	30	16:00
26	Gewerbesteuer	30	16:30
34	Zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz des Bundes	30	17:00
31	Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	30	17:30

TOP		angemelde- te Redezeit	Voraussichtli- cher Beginn der Beratung
Freitag, 26. September 2003			
28	Aktuelle Ausbildungssituation	30	10:00
36	Tätigkeit der Technologiestiftung	30	10:30
15	Start der LKW-Maut	30	11:00
37	Bundesverkehrswegeplan	30	11:30
33	Förderung von Existenzgründungen	30	12:00
32	Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten	30	12:30
45	Mittelstandsoffensive liegen geblieben	30	15:00
30	Zukunft der Energiewirtschaft	30	15:30
43	Stand des Programms „Zukunft auf dem Land“	60	16:00
46	Unterrichtsversorgung und Lehrerberarf	35	17:00

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatte(r)innen oder die Berichterstatte(r) der Ausschüsse:

TOP		Berichter- stattung
2	Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen, 2. Lesung, Drs. 15/2870	5
3	Änderung des Straßen- und Wegegesetzes, 2. Lesung, Drs. 15/2875	5
4	Änderung des Stiftungsgesetzes, 2. Lesung, Drs. 15/2897	5
8	Versorgungsausgleichskasse der Kommunalverbände, 1. Lesung, Drs. 15/2882	-
14	Veräußerung der Liegenschaft Kieler Schloss, Beschlussempfehlung Finanzausschuss, Drs. 15/2900	-
16	Förderung der Hospizbewegung und Hospizeinrichtungen, Berichts-antrag SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Drs. 15/2867	-
24	Gestaltung „Deutsch-Deutscher Grenzweg“, Berichts-antrag SPD/Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Drs. 15/2903	-
25	Ernährungswirtschaft in Schleswig-Holstein, Berichts-antrag CDU, Drs. 15/2905	-
35	Bericht der Investitionsbank 2002, Drs. 15/2752	-
39	Einführung einer Zentralen Abiturprüfung, Beschlussempfehlung Bildungsausschuss, Drs. 15/2858	5
40	Stiftung Landesmuseen Schloss Gottorf, Bericht Landesregierung, Drs. 15/2859	-
41	Tätigkeit des Eingabenausschusses, Drs. 15/2871	5
44	Gesetz über den Ladenschluss, Beschlussempfehlung Sozialaus-schuss, Drs. 15/2890	5
47	Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen, Beschlussempfeh-lung Bildungsausschuss, Drs. 15/2910	5
48	Fortentwicklung der Verwaltungsreform, Beschlussempfehlung Innen- und Rechtsausschuss, Drs. 15/2913	5